

Albrecht von Lucke

Kein Anschluss unter dieser Nummer?

Die Intellektuellen und die SPD

Der intensive Austausch zwischen Politik und Wissenschaft, der bis in die 90er Jahre hinein das Handeln der SPD intellektuell befruchtete, findet kaum noch statt, obgleich er heute dringender denn je benötigt würde. Doch wie kann Anschlussfähigkeit zwischen beiden Sphären wieder hergestellt werden?

Betrachtet man heute den Zusammenhang zwischen Politik und Wissenschaft, kommt man zu einem erschreckenden Befund: Kaum ein anderes Subsystem der Gesellschaft bestätigt so sehr den Luhmannschen Gedanken der systemischen Selbstreferenzialität wie das der Wissenschaft – und das auch und gerade in den Politikwissenschaften. Die meisten jüngeren Angehörigen der »kritischen Theorie« arbeiten derzeit an den Universitäten an immer feiner ziselierten Gerechtigkeits-theorien, ohne je in einen Kontakt mit der politischen Wirklichkeit zu treten.

Aus dieser Abkopplung der Systeme resultiert eine in hohem Maße politik-abstinente Hochschul-Intelligenz, die für die politische Debatte in den Parteien zunehmend bedeutungslos wird. Eine Bemühung um Anschlussfähigkeit zwischen beiden Sphären gibt es bereits seit geraumer Zeit kaum mehr; offenbar handelt es sich dabei um eine weithin geteilte Generationserfahrung. Dadurch verändert sich das Verhältnis der akademischen Intelligenz zur Politik von Grund auf – und nicht zuletzt das zur SPD.

Die SPD als Programm- und Intellektuellenpartei

Denn im Gegensatz zu der durch und durch pragmatischen, primär machtorientierten Union war die Geschichte der Sozialdemokratie in der Bundesrepublik von Anfang an auch eine Intellektuellen-



Albrecht von Lucke

(* 1967) ist Redakteur der *Blätter für deutsche und internationale Politik* in Berlin. Bei Wagenbach erschien zuletzt: *Die gefährdete Republik. Von Bonn nach Berlin* (2009).

albrecht.vonlucke@blaetter.de

Geschichte. Von Carlo Schmid als dem eigentlichen (Sprach-)Schöpfer des Grundgesetzes über ihren »Kronjuristen« Adolf Arndt bis zu Gustav Heinemann als dem ersten sozialdemokratischen Bundespräsidenten: Der »Geist der Politik« (Adolf Arndt) stand in den Reihen der SPD – und gegen den dezidierten Anti-Intellektualismus der Adenauer-CDU, in der Dichter und Literaten schon einmal als »ganz kleine Pinscher« firmierten, so der bekannte Ausspruch von Adenauers Nachfolger Ludwig Erhard aus dem Jahre 1965.

Dadurch führte für Intellektuelle der Generation Habermas oder die noch ein wenig Älteren, ob sie Wilhelm von Friedeburg, Hermann Lübke oder Wilhelm Henis hießen, wie auch für die etwas Jüngeren, etwa Arnulf Baring, ein fast natürlicher Weg in die Nähe der SPD. Erst 1968 trennten sich die Wege – nach links, in die kritische Solidarität mit der APO, oder nach rechts, in die offenen Arme der CDU. Aufgrund dieser Polarisierung waren gerade die 70er Jahre geprägt von hochgradig aufgeladener Auseinandersetzung zwischen Politik und Wissenschaft. Denn auch und gerade die 68er waren, als Nachfolger der

eher skeptischen Habermas- und Wehler-Jahrgänge, in hohem Maße theorie- und politik-affin.

Daraus resultierte eine ständige wechselseitige Beeinflussung von Wissenschaft und Politik, die auch in der SPD-Grundwertekommission ihren Niederschlag fand: Vom »Wandel durch Annäherung« der Ära Brandt bis zur hitzigen Nachrüstungsdebatte, die zum Ende der Kanzlerschaft Helmut Schmidts beitrug, führte ein Weg permanenter Politisierung der Parteien und der Gesellschaft, der von intensiven Debatten an den Universitäten begleitet wurde.

Diese Politisierung reichte bis in die 80er-Jahre. Im Gefolge der Katastrophe von Tschernobyl war es vor allem Ulrich Becks »Risikogesellschaft«, die auch in der SPD intensiv diskutiert wurde. Letztlich war das ganze Berliner Programm von 1989 und seine Leitidee einer sozial-ökologischen Umgestaltung der Industriegesellschaft Ausfluss dieser gewachsenen Debattenkultur.

Eppler und Glotz als produktive Antipoden

Maßgeblich für die Vermittlung von Politik und Wissenschaft innerhalb der SPD der 80er Jahre waren in erster Linie zwei Personen, und zwar durchaus in ihrem produktiven Gegensatz – nämlich Erhard Eppler auf der einen und Peter Glotz auf der anderen Seite. Ihr Widerstreit, die gesunde Spannung aus Gesinnungs- und Verantwortungsethik, oder, überspitzt formuliert, aus Pietismus und Machiavellismus, beförderte und bestimmte die politische Auseinandersetzung und führte stets zu einem intensiven Diskurs zwischen Politik und Wissenschaft. Daher kann es auch nicht verwundern, dass die Rolle von Wissenschaft und Theorie in der Partei mit dem parteipolitischen Ausstieg der beiden Protagonisten einen herben Rückschlag erlebte.

1987, mit dem Rücktritt Willy Brandts vom Parteivorsitz, endete auch die maßgebliche parteipolitische Rolle seines Geschäftsführers Peter Glotz. Auch wenn dieser bis zu seinem tragischen Tod vor fünf Jahren als öffentlicher Intellektueller in hohem Maße präsent blieb, u.a. auch als Herausgeber/Chefredakteur der *Neuen Gesellschaft/Frankfurter Hefte*, war seine organisatorische Rolle als Parteintelktueller 1987 beendet. Und nur zwei Jahre später musste Erhard Eppler, der Spiritus rector des neu-geschaffenen Berliner Programms, erleben, dass sein Werk mit dem Fall der Mauer in der Versenkung verschwand und förmlich über Nacht zum »Geheimpapier« (Hans-Jochen Vogel) wurde.

Nicht zuletzt infolge des Bedeutungsverlusts der beiden großen intellektuellen Antipoden kam es in den 90er Jahren – und noch mehr nach dem rot-grünen Wahlsieg von 1998 – zu einem Abbruch der Kommunikation zwischen Politik und Intelligenz, mit gravierenden Folgen für die SPD. Anders als in Großbritannien erfolgte die Implementierung des »Dritten Weges« nach dem Abgang von Lafontaine völlig unvermittelt und ohne intellektuelle Begründung. Auch deshalb musste das Schröder-Blair-Papier von 1999, das eigentlich ein Hombach-Mandelson-Papier ist, auf derartigen Widerstand in der SPD stoßen.

Sein erster Satz lautet bekanntlich: »In fast allen Ländern der Europäischen Union regieren Sozialdemokraten.« Heute hingegen, zehn Jahre später und nach dem Machtverlust von New Labour, regieren fast nirgends in Europa mehr Sozialdemokraten. Und wenn doch, wie etwa in Spanien, dann in erster Linie ob des dramatischen Versagens der Konservativen. Irgendetwas muss also auch intellektuell dramatisch schief gelaufen sein in den vergangenen zehn Jahren.

»Die Sozialdemokratie hat neue Zustimmung gefunden – aber nur, weil sie glaubwürdig begonnen hat, auf der Basis

ihrer alten Werte ihre Zukunftsentwürfe zu erneuern und ihre Konzepte zu modernisieren. Sie hat neue Zustimmung auch gewonnen, weil sie nicht nur für soziale Gerechtigkeit, sondern auch für wirtschaftliche Dynamisierung und für die Freisetzung von Kreativität und Innovation steht. Markenzeichen dafür ist die ›Neue Mitte‹ in Deutschland, der ›Dritte Weg‹ im Vereinigten Königreich.« Neue Mitte und Dritter Weg: Das waren die neuen, aber keineswegs überzeugenden Überschriften im Schröder-Blair-Papier, mittels derer der angehende Superminister Wolfgang Clement eine Debatte über die Notwendigkeit von Ungleichheit als »Katalysator für Entfaltungsmöglichkeiten« anstieß. Und das in einer Gesellschaft, die täglich wachsende Ungleichheit erlebte, in der selbst die umworbene Neue Mitte immer mehr unter Druck geriet. Und dennoch hielt die SPD unbeirrbar und ohne nachholende Begründung, von Korrekturen ganz zu schweigen, an ihrer Politik der Deregulierung fest.

Wenn derart unvermittelt, und an den Erfahrungen der einfachen Bürger vorbei, Politik betrieben wird, kann es nicht verwundern, dass die SPD heute zehn Millionen Wähler weniger als noch vor zehn Jahren zählt – und Wolfgang Clement inzwischen offen für die Westerwelle-FDP trommelt. Heute haben wir es auch aufgrund dieses intellektuellen wie kommunikativen Defizits mit einer ideologisch-theoretisch weitgehend entkernten Sozialdemokratie zu tun. Und spiegelbildlich dazu mit einer politisch desorientierten und parteipolitisch desinteressierten politischen Wissenschaft.

Gewiss, dieser Abriss der Kommunikation ist auch eine Folge der allgemeinen Krise des Politischen infolge des immensen Machtzuwachses der Ökonomie in der beschleunigten Globalisierung. Diese Situation lässt politisches Nachdenken wie in den vergleichsweise »ruhigen Zeiten« des Kalten Krieges kaum mehr zu. Daneben spielt jedoch das in den letzten

zehn Jahren gewachsene politisch-intellektuelle Desinteresse eine Rolle. Erst im Zuge dieser Konjunktur postdemokratischer Gleichgültigkeit ist es zu der beschriebenen Abkopplung von beiden Seiten gekommen.

Doch weder Politik noch Wissenschaft ist diese Abkopplung bekommen. Denn wie sieht heute die intellektuelle Landschaft aus?

Großintellektuelle als wandelnde Denkfabriken

Im Gegensatz zur Tradition der alten Bundesrepublik, die durch rege politische Debatten in den verschiedenen Denkschulen an den Hochschulen gekennzeichnet war, haben wir es heute nur noch mit einigen wenigen Großintellektuellen zu tun, die als wandelnde Denkfabriken fast jedes Jahr mit einem sehnsüchtig erwarteten neuen Buch in Erscheinung treten. Man denke etwa an Jeremy Rifkin oder Francis Fukuyama. In der Bundesrepublik füllt diese Rolle in erster Linie Jürgen Habermas aus, der von der *Zeit* schon einmal euphemistisch als »Weltmacht« apostrophiert wurde.

Doch davon ungerührt und weitgehend unbeeindruckt agieren die politischen Akteure. Dabei leben wir in Zeiten, die des Austauschs zwischen Wissenschaft und Politik dringender denn je bedürfen. Angesichts der dramatischen Kumulation der Krisen, ökologischer, ökonomischer und geopolitischer Art, ist eine Bündelung der klügsten Köpfe erforderlich. Davon kann jedoch gegenwärtig nicht die Rede sein – und mit am wenigsten in der SPD.

In den autoritären Zeiten der Schröder-Müntefering-Ära, in denen nicht diskutiert, sondern dekretiert wurde (»Basta«), ist der SPD der Spaß am Streit regelrecht ausgetrieben worden. Von der mit einem Titel von Jürgen Habermas propagierten »Einbeziehung des Anderen«, die

sich auch auf die Wissenschaft beziehen ließe, konnte keine Rede sein.

Wenn sich deshalb heute doch einmal junge Intellektuelle der Nach-Habermaschen Kritischen Theorie parteipolitisch versammeln, dann weit eher bei den Grünen und in der ihnen nahestehenden Heinrich-Böll-Stiftung. Und selbst die dramatisch angeschlagene FDP kann angesichts des gescheiterten Westerwelle-Liberalismus gewisses Interesse an einer Renaissance des »echten« Liberalismus verbuchen. Die SPD hingegen muss sich immer noch mit Erhard Eppler als schier unverwundlichem »Vor- und Nach- und Querdenker« schmücken (so der aktuelle Katalog des *J.H.W.Dietz-Verlages* zu dessen im Herbst erscheinender Biografie).

Die noch immer herausragende Stellung des auch bald 85-jährigen Erhard Eppler ist ein Indiz für das abgebrochene Gespräch zwischen den Generationen.

Und anders als zu Beginn der Republik fallen der SPD die angehenden Akademiker längst nicht mehr wie von selbst in den Schoß. Es wird deshalb die Aufgabe der neuen Parteiführung sein, die Partei auch für die junge akademische wie außeruniversitäre Intelligenz wieder interessant zu machen. Das jedoch kann nur gelingen, wenn die Debatte in die Gesellschaft geöffnet wird.

Dabei gibt es andererseits keinen Grund zum Verzagen. Denn eines steht fest: Die Regierungsparteien, das haben die letzten Wochen der permanenten Rücktritte bewiesen, sind mindestens ebenso am Ende ihres Lateins. Von Ausstrahlung des Politischen kann bei Konservativen und Liberalen keine Rede sein. Das allein ist zwar noch kein Grund zum Jubel, aber doch immerhin ein Ansporn, den Kampf um die nachwachsende Intelligenz im Lande offensiv aufzunehmen.

Karsten Rudolph

Die SPD – ein Denkort?

Die inhaltliche Erneuerung ist zur Voraussetzung für den Wiederaufstieg der SPD geworden. Auch die stärkste Partei im progressiven Lager Mitte-Links muss konzeptionelle Meinungsführerschaft aufs Neue erringen.

Karsten Rudolph

(* 1962) ist Privatdozent für Neuere und Neueste Geschichte an der Ruhr-Universität Bochum. Letzte Veröffentlichung: *Wandel hat eine Heimat. Nordrhein-Westfalen in Geschichte und Gegenwart*, Hg. mit Stefan Goch.

karsten.rudolph@rub.de



Die historische Wahlniederlage, die die SPD im September 2009 erlitt, könnte zur Wiedergeburt einer Sozialdemokratie beigetragen haben, die im Begriff ist, sich selbst neu zu erfinden. Das ist weit mehr, als sich zu erneuern oder eine andere Rich-

tung einzuschlagen. Die Dimension der Niederlage, die am Ende eines politischen, moralischen und intellektuellen Niedergangs stand, lässt nämlich weder eine Erneuerung im Sinne geschäftiger Renovierungs- oder Restaurationsarbeiten zu, noch kann das Heil in einer einfachen Richtungsveränderung gesucht werden, wenn die Partei sich nicht mehr sicher ist, wo sie selbst steht. Die Diagnose des Parteivorstandes lautet zutreffend: »Der Status der SPD als linke Volkspartei ist gefährdet.«

In dieser existenziellen Krise – drei Jahre vor dem 150-jährigen Bestehen der Partei – ist guter Rat teuer. Die Parteiführung